

Meinungen **Januar 1981**
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Evangelische Verantwortung

Heft 1/1981

Soziale Marktwirtschaft — eine christliche Wirtschaftsordnung?

Dr. Philipp von Bismarck, MdEP

Auf dem „Markt der Möglichkeiten“ der Deutschen Evangelischen Kirchentage war bisher viel pauschale Kritik an der Wirtschaft zu sehen und zu hören. Doch nicht nur unbestreitbar vorhandene Auswüchse und konkrete Fehler werden beklagt, die Kritik ist häufig umfassend: Das „System“ (gemeint ist wohl meist die marktwirtschaftliche Ordnung schlechthin) wird als von Grund auf schlecht, ausbeuterisch und unchristlich dargestellt.

Nur wenigen der meist jungen Kritiker dürfte dabei bewußt sein, daß dieser so lebensvolle und bunte „Markt der Möglichkeiten“, der ihnen das freiheitliche Forum für Diskussionen bietet, die für unsere Wirtschaftsordnung typische Institution, den Markt, nicht nur in seinem Namen führt, sondern auch seine Funktionen und Wirkungsweisen übernimmt. Es werden Ansichten „angeboten“ und Gesichtspunkte „nachgefragt“, obwohl niemand gezwungen wird, etwas anzubieten oder angebotene Meinungen zu übernehmen.

Daß Markt Freiheit bedeutet, könnte man daraus lernen, aber „man“ lernt es offenbar ohne Anleitung nicht. Hier haben Wissenschaft und Schule in den letzten 25 Jahren versagt. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, die Informationen bereitzustellen und der Jugend in geeigneter Form anzubieten, die ihr eine angemessene Bewertung unserer Wirtschaftsordnung ermöglicht hätten. „Angemessen“ wäre in diesem Falle gewesen, nicht nur die geistesgeschichtlichen und ethischen Grundlagen offenzulegen, sondern auch die ökonomischen, ebenso wie die ideellen Ergebnisse einer sozialverpflichteten Marktwirtschaft bekanntzumachen, zu würdigen und im Vergleich mit anderen ordnungspolitischen Modellen zur Diskussion zu stellen. Diese Aufgabe ist bis heute unerfüllt geblieben, daher braucht man sich über mangelndes Verständnis der jungen Generation für marktwirtschaftliche Zusammenhänge nicht zu wundern.

An Literatur fehlt es nicht. Nach dem Krieg, als Zerstörung, Not und Verzweiflung das Bild Deutsch-

lands prägten und die Menschen nur noch im Glauben Kraft und Halt fanden, setzten sich bedeutende Wissenschaftler mit den christlichen Maßstäben für die Ordnung der Wirtschaft auseinander. Erinnert sei an Walter Eucken, Franz Böhm, Alfred Müller-Armack, Constantin von Dietze u. a. Die Literaturliste zu Themen wie „Nationalökonomie und Theologie“, „Ethik und Markt“, „Christ und Wirtschaft“ und ähnlichem ist lang.

Als dann der Wohlstand Selbstverständlichkeit wurde, war Glaube immer weniger gefragt. Dies gilt auch für die Wissenschaft. Mitte der 60er Jahre hörte die wissenschaftliche Diskussion um christliche Grundlagen der Wirtschaftsordnung praktisch auf. Glaube wurde wieder einmal „Privatsache“, und Ethik wurde auf „soziale Gesinnung“ verkürzt.

Damit verschwand die Einsicht, daß der Mensch immer in der jeweiligen Gesamtordnung lebt, daß alle Umstände einer solchen Ordnung auf sein Leben einwirken und daß daher auch die Kirche für ihre Gestaltung Mitverantwortung trägt. Leider hat unsere Kirche dabei auch übersehen (oder vergessen?), daß unsere sozialverpflichtete Marktwirtschaft eine auf christlichen Glaubensgrundlagen gebaute Ordnungs-idee ist, für die auch die Kirche Verantwortung trägt. Gerade die evangelische Kirche hätte gute Gründe, sich zu ihren Ideen zu bekennen und für ihre Verwirklichung einzutreten. Denn sie ist die Frucht evangelischer Ethik. Ihr Konzept entstand in den Wirren der Nazizeit, als die Vorläufige Leitung der Bekennenden Kirche evangelischen Wissenschaftlern (Dietrich Bonhoeffer führte die einschlägigen Gespräche) den Auftrag gab, eine auf christlichen Grundsätzen aufbauende Wirtschaftsordnung für die Zeit nach dem Krieg vorzubereiten. Es ist an der Zeit, diesen Teil der Entstehungsgeschichte der sozialverpflichteten Marktwirtschaft endgültig der Vergessenheit zu entreißen.

Als Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft wird vielfach die Währungsreform angegeben. Diese

Meinungen **Januar 1981**
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Evangelische Verantwortung

Heft 1/1981

Soziale Marktwirtschaft — eine christliche Wirtschaftsordnung?

Dr. Philipp von Bismarck, MdEP

Auf dem „Markt der Möglichkeiten“ der Deutschen Evangelischen Kirchentage war bisher viel pauschale Kritik an der Wirtschaft zu sehen und zu hören. Doch nicht nur unbestreitbar vorhandene Auswüchse und konkrete Fehler werden beklagt, die Kritik ist häufig umfassend: Das „System“ (gemeint ist wohl meist die marktwirtschaftliche Ordnung schlechthin) wird als von Grund auf schlecht, ausbeuterisch und unchristlich dargestellt.

Nur wenigen der meist jungen Kritiker dürfte dabei bewußt sein, daß dieser so lebensvolle und bunte „Markt der Möglichkeiten“, der ihnen das freiheitliche Forum für Diskussionen bietet, die für unsere Wirtschaftsordnung typische Institution, den Markt, nicht nur in seinem Namen führt, sondern auch seine Funktionen und Wirkungsweisen übernimmt. Es werden Ansichten „angeboten“ und Gesichtspunkte „nachgefragt“, obwohl niemand gezwungen wird, etwas anzubieten oder angebotene Meinungen zu übernehmen.

Daß Markt Freiheit bedeutet, könnte man daraus lernen, aber „man“ lernt es offenbar ohne Anleitung nicht. Hier haben Wissenschaft und Schule in den letzten 25 Jahren versagt. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, die Informationen bereitzustellen und der Jugend in geeigneter Form anzubieten, die ihr eine angemessene Bewertung unserer Wirtschaftsordnung ermöglicht hätten. „Angemessen“ wäre in diesem Falle gewesen, nicht nur die geistesgeschichtlichen und ethischen Grundlagen offenzulegen, sondern auch die ökonomischen, ebenso wie die ideellen Ergebnisse einer sozialverpflichteten Marktwirtschaft bekanntzumachen, zu würdigen und im Vergleich mit anderen ordnungspolitischen Modellen zur Diskussion zu stellen. Diese Aufgabe ist bis heute unerfüllt geblieben, daher braucht man sich über mangelndes Verständnis der jungen Generation für marktwirtschaftliche Zusammenhänge nicht zu wundern.

An Literatur fehlt es nicht. Nach dem Krieg, als Zerstörung, Not und Verzweiflung das Bild Deutsch-

lands prägten und die Menschen nur noch im Glauben Kraft und Halt fanden, setzten sich bedeutende Wissenschaftler mit den christlichen Maßstäben für die Ordnung der Wirtschaft auseinander. Erinnerung sei an Walter Eucken, Franz Böhm, Alfred Müller-Armack, Constantin von Dietze u. a. Die Literaturliste zu Themen wie „Nationalökonomie und Theologie“, „Ethik und Markt“, „Christ und Wirtschaft“ und ähnlichem ist lang.

Als dann der Wohlstand Selbstverständlichkeit wurde, war Glaube immer weniger gefragt. Dies gilt auch für die Wissenschaft. Mitte der 60er Jahre hörte die wissenschaftliche Diskussion um christliche Grundlagen der Wirtschaftsordnung praktisch auf. Glaube wurde wieder einmal „Privatsache“, und Ethik wurde auf „soziale Gesinnung“ verkürzt.

Damit verschwand die Einsicht, daß der Mensch immer in der jeweiligen Gesamtordnung lebt, daß alle Umstände einer solchen Ordnung auf sein Leben einwirken und daß daher auch die Kirche für ihre Gestaltung Mitverantwortung trägt. Leider hat unsere Kirche dabei auch übersehen (oder vergessen?), daß unsere sozialverpflichtete Marktwirtschaft eine auf christlichen Glaubensgrundlagen gebaute Ordnungs-idee ist, für die auch die Kirche Verantwortung trägt. Gerade die evangelische Kirche hätte gute Gründe, sich zu ihren Ideen zu bekennen und für ihre Verwirklichung einzutreten. Denn sie ist die Frucht evangelischer Ethik. Ihr Konzept entstand in den Wirren der Nazizeit, als die Vorläufige Leitung der Bekennenden Kirche evangelischen Wissenschaftlern (Dietrich Bonhoeffer führte die einschlägigen Gespräche) den Auftrag gab, eine auf christlichen Grundsätzen aufbauende Wirtschaftsordnung für die Zeit nach dem Krieg vorzubereiten. Es ist an der Zeit, diesen Teil der Entstehungsgeschichte der sozialverpflichteten Marktwirtschaft endgültig der Vergessenheit zu entreißen.

Als Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft wird vielfach die Währungsreform angegeben. Diese

Zeitangabe kann man politisch gelten lassen; denn in der Tat konnte sich erst nach Wiederherstellung einer harten Währung, also ab Juni 1948 die ordnungspolitische Wirkung der neuen Konzeption politisch entfalten, die aus der Freiburger Schule hervorgegangen ist. Die Geburt der Idee ist dagegen auf einen früheren Zeitpunkt zu datieren. Freiburg ist der wissenschaftliche Geburtsort der Sozialen Marktwirtschaft, die Ludwig Erhard mit soviel Mut und Autorität durch manche Krise zum Erfolg führte und der Prof. Müller-Armack 1947 den weltberühmten Namen gab.

Wissenschaftler und Praktiker diskutierten seit Anfang der 30er Jahre in Freiburg über eine jenseits von Marxismus und naivem Liberalismus Freiheit und Verantwortung für die Bürger sichernde wirtschaftliche Konzeption. Sie bauten auf den Grundgedanken der „Freiburger Schule“ auf. In zunehmendem innerem Aufstand gegen die insbesondere ab 1938 sichtbar werdenden verbrecherischen Züge des Nationalsozialismus trafen sich Wissenschaftler im sogenannten „Diehl-Seminar“, später in dem aus diesem hervorgegangenen „Freiburger Konzil“, einem Zusammenschluß von christlichen, insbesondere evangelischen Wissenschaftlern.

Im Spätherbst 1942 trat Dietrich Bonhoeffer im Auftrag der Vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche an einige der in diesem Kreis zusammengeschlossenen Professoren heran und bat sie, eine Denkschrift vorzubereiten, die auf der von den Bischöfen von Chichester und Canterbury geplanten Weltkirchenkonferenz nach dem Krieg vorgelegt werden sollte. Diese Denkschrift sollte Grundzüge einer politischen Gemeinschaftsordnung nach christlichem Verständnis enthalten und sich auf die evangelische Sozialethik gründen. Die Schrift mit dem Titel „Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit“ wurde Anfang 1943 fertiggestellt und 1979 im Originaltext veröffentlicht. („In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger ‚Bonhoeffer-Kreises‘“, eingeleitet von Helmut Thielicke mit einem Nachwort von Philipp von Bismarck, Tübingen 1979.) Den Hauptteil schrieben die Nationalökonominnen Constantin von Dietze, Walter Eucken, Adolf Lampe und der Historiker Gerhard Ritter. Ihm waren fünf Anhänge beigefügt. Der für den Wiederaufbau und die Entstehung der sozialen Marktwirtschaft wichtigste Teil ist der Anhang 4 „Wirtschafts- und Sozialordnung“.

Die Denkschrift diente einem ab 1943 in Freiburg tagenden Kreis von antinationalsozialistischen Nationalökonominnen, der „Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath“, als ethische Grundlage für Gutachten, die für eine Regierung unter Carl Goerdeler gedacht waren. Es entstanden über 30 Ausarbeitungen. (Sie sind auch heute noch von erstaunlicher Aktualität, und ihre Veröffentlichung wird im Archiv für christlich-demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung vorbereitet.) Das Abschlußgutachten sollte im September 1945 formuliert werden. Da von Dietze und Lampe, später auch Ritter, wegen ihrer für die Vorläufige Leitung der Bekennenden Kirche verfaßte Denkschrift im September 1944 verhaftet worden

waren, blieb das Vorhaben der Arbeitsgemeinschaft unvollendet.

Die meisten Teilnehmer dieser Arbeitsgemeinschaft wurden nach Übernahme der wirtschaftlichen Verantwortung in der Bundesrepublik durch Prof. Ludwig Erhard in den Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesminister für Wirtschaft berufen. Ihre Gutachten aus dem Untergrund des Dritten Reiches kamen dort noch zur Wirkung. Sie dienten vielen als Grundlage für ihre Beratertätigkeit.

Den Inhalt der Denkschrift und ihre Forderungen für eine auf christlichen Grundlagen aufbauende Wirtschaftsordnung wiederzugeben, ist hier nicht möglich. Der folgende Auszug aus der Denkschrift möge für sich selbst sprechen:

V. Wirtschaftspolitik.

Die Menschen sind nicht um der Wirtschaft und auch nicht um der staatlichen Wirtschaftsmacht willen da, sondern die Wirtschaft ist um des Menschen willen da. Denn was hülfte es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele? (Mark. 8)

Die sittliche Gefahr alles Wirtschaftens ist der Dämon der Habgier, der die sittlichen Beziehungen unter den Menschen verdirbt. Nicht das Reichwerden wollen als solches ist zu verwerfen, aber die Opferung höherer sittlicher Werte um des Reichwerdens willen, das Aufgezehrtwerden der Seele von materiellen Interessen; nicht der Genuß irdischer Güter als solcher, aber die Genußsucht, der Egoismus des Genusses – mit einem Wort: die materialistische Gesinnung.

Aufgabe einer gesunden, auf Grundsätzen christlicher Ethik ruhenden Wirtschaftsordnung muß es also sein, die Wirtschaft so zu organisieren, daß

1.) die Versuchung zum Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, zur egoistischen Ausbeutung des Nächsten, zum Arbeitseinsatz des Menschen als seelenloser Maschinenteil, zu rücksichtslosem Niederkämpfen des Konkurrenten mit unlauteren Mitteln, zu tragem Genuß von Reichtümern möglichst vermindert wird und statt dessen

2.) die Arbeit als Segen statt als Fluch empfunden wird, indem sie die sittlichen und intellektuellen Kräfte des Wirtschaftenden anfeuert, statt sie zu lähmen und niederzudrücken; daß möglichst viele ihr Werk mit Freuden tun, weil der Tüchtige hoffen darf, ein Stück voranzukommen im wirtschaftlichen Lebenskampf, jeder aber auf zuverlässigen Schutz in wohlverworbenen Rechten und auf gerechte Entlohnung seiner Arbeit rechnen kann und nicht allzu große Sorge zu haben braucht, jede Arbeitsmöglichkeit zu verlieren.

Solche Ziele können niemals durch zusammenhanglose wirtschaftspolitische Einzelmaßnahmen erreicht werden, die bald an diesem, bald an jenem gerade hervortretenden Schaden herumbessern, sondern nur durch eine planmäßige, durchdachte, staatliche Wirtschaftsordnung. . . .

Diese Ordnungsaufgaben betreffen nicht nur die Beziehungen zwischen Unternehmer oder sonstigen Betriebsleitern, sondern auch die Verfassung innerhalb der Betriebe, also namentlich die Stellung der

„Arbeiter“, ja die Bildung aller sozialen Gruppen, ihre Beziehungen zueinander und zur Gesamtheit. Die Societas kann nicht lediglich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt werden. Es war ein im 19. Jahrhundert weit verbreiteter Irrtum zu meinen, daß eine zweckmäßige wirtschaftliche Regelung von selbst eine sinnvolle soziale Ordnung schaffe. Zu einer Gesamtwirtschaftsordnung gehört vielmehr eine Sozialordnung. Wirtschaftsordnungspolitik ist nur ein – allerdings höchst wichtiger, ja unentbehrlicher – Teil der Sozialpolitik, wobei dieser Ausdruck seinem Wortsinn entsprechend viel weiter verstanden wird als ein Sammelname für die seit 1881 ergriffenen Maßnahmen zur Förderung von Lohnarbeitern, Handwerkern oder Bauern. Sozialpolitik darf, um ihren Namen zu rechtfertigen, sich nicht auf zusammenhanglose Fürsorgemaßnahmen beschränken; sie muß die gesamte Societas festigen und ständig im Einklange mit den Grundsätzen der Gesamtwirtschaftsordnung stehen.

Die Forderungen der evangelischen Christen von damals können uns heute noch in Politik und Wirtschaft Richtschnur sein. Wer sich mit „Marktwirtschaft“ als ordnungspolitischem Modell mit dem Maß christlicher Grundwerte auseinandersetzen möchte, dem sei im übrigen die Lektüre von Martin Luther empfohlen. In seiner 1524 erschienenen Schrift „Von Kaufhandlung und Wucher“ äußert er sich zum Markt und seinem Funktionieren:

„Das wäre die beste und sicherste Weise, daß weltliche Obrigkeit hier vernünftige, redliche Leute setzte und verordnete, die allerlei Ware überschlägig mit ihren Kosten ansähen, und setzten danach das Maß und Ziel, was sie gelten sollte, was dem Kaufmann zukommt, damit er seine geziemende Nahrung davon habe, wie man an etlichen Orten Wein, Fisch, Brot und desgleichen festsetzt.“

„Aber wir Deutschen haben mehr zu tun, zu wirken und zu tanzen, als daß wir auf solches Regiment und Ordnung könnten warten. Weil dann diese Ordnung (die gerechte Preisfestsetzung durch den Staat) nicht

zu hoffen ist, ist das der nächste und beste Rat: Daß man die Ware lasse gelten, wie sie der gemeine Markt gibt und nimmt oder wie des Landes Gewohnheit ist zu geben und zu nehmen.“

Luther hatte erkannt, wovon die Väter der Sozialen Marktwirtschaft überzeugt waren: Auch Marktwirtschaft ist keine ideale Ordnung, aber die bestmögliche. Sie nimmt den Menschen, wie er ist, erkennt seine Schwächen und macht sie für die Allgemeinheit nutzbar. Der Sozialen Marktwirtschaft gelingt die List, durch Wettbewerb aus Eigennutz Gemeinnutz werden zu lassen. Die Interessen der einzelnen fördern und begrenzen sich in Freiheit und Eigenverantwortung auf einem funktionierenden Markt gegenseitig. Damit wird zwar keineswegs der Egoismus gerechtfertigt, aber er wird in erheblichem Umfang in den Dienst sozialer Ziele gezwungen.

So wie es den Menschen gelang, das freigelassen, verheerende Feuer in seinen Dienst zu stellen, so wandelt Wettbewerb auf dem Markt den menschenfeindlichen Eigennutz in menschenfreundliche Leistung.

In seiner Schrift verurteilt Martin Luther folgerichtig – gewissermaßen die Soziale Marktwirtschaft vorwegnehmend – den Mißbrauch der Marktmacht, aber nicht den Markt an sich. Zugleich nimmt Martin Luther die Erfahrung sozialistischer Länder vorweg, daß man auf ein gerechtes „Regiment und Ordnung“ durch den Staat noch lange wird vergeblich warten müssen.

Wer als Christ über die Frage nachdenkt, welche Ordnung im sozialen und wirtschaftspolitischen Bereich der Bestimmung der Menschen am meisten entspricht, sollte sich, ehe er endgültig urteilt, Geschichte, Sinn und Wirkungsweise des Modells einer sozialverpflichteten Marktwirtschaft gründlich ansehen und sich dabei mit den Gedanken und Erwägungen der Freiburger Denkschrift auseinandersetzen. Er wird dabei vielfältig auf Martin Luthers Einsichten und Glaubensüberzeugungen hingewiesen werden.

Kurz kommentiert

Wir tragen Mitverantwortung

Am Heiligen Abend erschob der 23 Jahre alte mutmaßliche Rechtsextremist Frank Schubert an der deutsch-schweizerischen Grenze einen Schweizer Zollbeamten und einen Polizisten, verletzte einen weiteren, bevor er sich selbst tötete. Wie kurz darauf bekannt wurde, ist Schubert erst 1977 aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland gekommen.

Dieses schreckliche Ereignis erinnert daran, daß Franz Josef Strauß nach dem entsetzlichen Bombenattentat vom Münchener

Oktoberfest geäußert hatte, er besitze Informationen, nach denen sich unter den Rechtsextremisten in der Bundesrepublik ehemalige DDR-Bürger befinden. Diese Bemerkung löste öffentliche Empörung aus, weil man darin die Gefahr einer Diskriminierung ehemaliger DDR-Bürger in der Bundesrepublik Deutschland sah – oder weil man dies im Wahlkampf so sehen wollte. Die aufgeheizte Wahlkampfatmosphäre verhinderte ein Nachdenken über den Kern dieser Aussage. Mir scheint es aber jetzt an der Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, was eigentlich mit jenen früheren DDR-Bürgern geschieht, die in den letzten Jahren in den Westen geflohen sind, aus Haftanstalten der

DDR freigekauft wurden oder mit Erlaubnis der DDR in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelt sind.

Anders z. B. als bei Gastarbeitern oder Asylanten scheint ihre Eingliederung in unsere Gesellschaft problemlos zu funktionieren. Daran ist sicherlich richtig, daß die Tatsache, daß sie als Deutsche dieselbe Sprache sprechen, daß sie eine unserer Ausbildung gleichwertige Erziehung haben, daß sie sich äußerlich in nichts von uns unterscheiden, daß sie arbeitsam und fleißig sind, ihre Integration relativ leicht macht. Nach einer kurzfristigen Beachtung durch die Öffentlichkeit, nach einer materiellen Starthilfe, verschwindet ihr weiterer Lebensweg in der Ano-

nymität unserer Massengesellschaft. Wie aber steht es tatsächlich mit ihrer Integration, ihrer kulturellen, psychischen und staatsbürgerlichen Eingliederung?

Wir machen uns viel zu wenig bewußt, daß die Menschen in der DDR eine demokratische Staatsform seit 50 Jahren nicht mehr erlebt haben, daß insbesondere die nach dem Krieg geborenen DDR-Bürger die Lebenswirklichkeit einer pluralistischen Gesellschaft nie kennengelernt haben! Daß sie in einem marxistisch-leninistisch-atheistischen Erziehungssystem erzogen und in einer autoritär strukturierten Gesellschaft aufgewachsen sind, daß sie eine andersartige kulturelle Prägung erhalten haben. Informationen aus dem Westfernsehen, gelegentliche Verwandtenbesuche konnten ihnen bestenfalls vage Bilder westlichen Freiheitsverständnisses vermitteln, dagegen bleibt es den jüngeren Bürgern der DDR, im Gegensatz etwa zu den Polen, verwehrt, ins westliche Ausland zu reisen und so auch eigene Erfahrungen und Eindrücke über das Leben in einem freien Land zu sammeln.

Wir erleben gegenwärtig mit großer Sorge eine Sinn- und Orientierungskrise in unserer Jugend, daß sie verunsichert ist durch Materialismus, Leistungsdruck und Anonymität. Und diese Jugendlichen sind doch in diesem System aufgewachsen, sind vertraut mit einer technisch-industriellen Umwelt, mit Werbung, Konsumangebot, mit Meinungsvielfalt usw. Sie kennen die „Überlebenstechniken“ unseres komplexen gesellschaftlichen Systems. An unserer eigenen Jugend fällt uns auf, wie wenig selbstver-

ständig die Eingliederung in unsere staatliche und gesellschaftliche Realität, wie schwierig der Umgang mit Freiheit ist. Wir erkennen etwas ratlos, daß Familie, Schule, gesellschaftliche Gruppen – auch die Kirchen – nicht genügend getan haben, um unsere Jugendlichen für die Herausforderungen des Lebens in unserem Land innerlich stabil zu machen. Wir machen uns zu wenig klar, wie schwierig, fremdartig, undurchschaubar, verwirrend, ja bedrohlich dies erst für Menschen sein muß, die aus der DDR zu uns kommen.

Menschen, die so verunsichert sind, wird unser politisches System fremd bleiben, so daß sie sich dem politischen Leben entziehen, oder aber sie können der Gefahr extremistischer Parolen gegen diesen Staat erliegen. Aus ihren Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus sind ehemalige DDR-Bürger sicher immun gegen linke Ideologien, wohl aber kann die Versuchung von „law and order“-Parolen bestehen, die sie, gepaart mit aggressivem Antikommunismus, in rechtsradikalen Zirkeln finden können. Autoritäre Persönlichkeitsstrukturen, wie sie ihnen vielleicht im autoritären, sozialistischen Erziehungssystem, im Wehrkundeunterricht, in paramilitärischen kommunistischen Jugendgruppen vermittelt wurden, finden ihre Entsprechung in den militaristischen Organisationsformen neofaschistischer, rechtsextremistischer Gruppen. Hannah Arendt hatte bereits die Gleichartigkeit des linken und rechten Totalitarismus erkannt. Wir wären heute vielleicht weniger erstaunt über diese Erscheinung,

wenn uns nicht eine „kritische“ Politikwissenschaft glauben gemacht hätte, es handle sich bei den sozialistischen Parteidiktaturen nicht um totalitäre Systeme. Wer Freiheit als Wert nie erfahren konnte, wer Offenheit, Pluralität, Toleranz und Kompromißbereitschaft als Grundlagen demokratischen Zusammenlebens nie einüben konnte, wer Persönlichkeit nicht schätzen kann, weil er immer gehört hat, das Kollektiv sei der oberste Wert, wer zur Selbstbestimmung nie befähigt wurde, weil ihm die Partei immer die Richtung wies, der kann diese Eigenschaften und Haltungen nicht als Wert erkennen, sondern vermutet in ihnen Chaos, Dekadenz und Gesinnungslosigkeit. Er wird dann besonders anfällig für Thesen zur Abschaffung dieser Werte. Wer zum Klassenhaß und mit Feindbildern erzogen wurde, vollzieht leicht den Schritt zu radikalen Lösungsmodellen. Dies gilt umsomehr, als unser Gesellschaftssystem, selbst bei denen, die es im Prinzip bejahen, mehr Kritiker als engagierte Verteidiger findet.

Die Tatsache, daß nur in extremen Einzelfällen ehemalige DDR-Bürger bei uns straffällig werden, „aussteigen“ oder in politischen Extremismus abgleiten, darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir alle allzuviel versäumen, um diesen Menschen bei der Eingliederung in den politischen, gesellschaftlichen und sozialen Organismus unseres Landes zu helfen. Sie darf uns insbesondere nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir auch an Frank Schubert schuldig geworden sind.

W. S.

Die Union und die evangelischen Wähler

Dieter Oberndörfer

Das Ergebnis der Bundestagswahl 1980 zwingt dazu, Überlegungen anzustellen, wie die CDU und der EAK weiterarbeiten müssen. Auf der Grundlage seiner Wahlanalyse weist Prof. Dr. Dieter Oberndörfer, Vorsitzender des EAK Freiburg und Leiter des Bergstraesser-Instituts, Wege für eine Neuorientierung.

Mit einem Stimmenanteil von 44,5% sackte die Union bei der Bundestagswahl 1980 noch um 0,8% unter ihr bislang zweit-schlechteste Ergebnis von 1953 ab, also jener Bundestagswahl, bei der ihr der Sprung zur Volkspartei gelungen war (1949 = 30,0%). Speziell für die CDU fällt der Vergleich

mit 1953 noch schlechter aus, da sich in der Gesamtbilanz der Union von 1980 das relativ gute Abschneiden der CSU in Bayern niederschlägt (CSU 1953 = 47,8%; 1980 = 57,6%).

Daß die Wahlniederlage der CDU 1980 erdrutschartige Formen annahm, wurde in ganz entscheiden-

der Weise durch die politische Entwicklung im evangelischen Bevölkerungsteil, und hier vor allem durch die Protestanten Norddeutschlands, bewirkt.

Wie schon 1972 blieben die katholischen Wähler der CDU sehr viel stabiler als ihre evangelischen Wähler. Während die Union in den 60 Wahlkreisen mit dem höchsten Katholikenanteil im Vergleich zu 1976 unterdurchschnittlich verlor (– 3,7%), waren ihre Defizite in den 60 Wahlkreisen mit dem höchsten Protestantenteil stark überdurchschnittlich (– 5,1%). Damit ging der Anteil der Protestanten an der Unionswählerschaft von etwa 40% auf ca. 33% zurück, d. h. das traditionelle Übergewicht der Katholiken unter den Wählern der Union erreichte wieder etwa das Niveau der Bundestagswahlen von 1961 und 1972.

Aus dem Vergleich der Ergebnisse von 1980 mit denen des „Tiefs“ von 1972 ergibt sich deutlich, daß die CDU ferner ihre stärksten Verluste vor allem unter den evangelischen Wählern Norddeutschlands hinnehmen mußte. Während die CDU in Schleswig-Holstein (– 3,1%), Hamburg (– 2,1%) und Niedersachsen (– 2,9%) am stärksten gegenüber 1972 zurückging, hielten sich ihre Verluste in Nordrhein-Westfalen (– 0,4%), der Saar (– 1,1%), in Hessen (– 0,5%), Rheinland-Pfalz (– 0,3%) und Baden-Württemberg (– 0,8%) in vergleichsweise engen Margen. Das trendwidrige gute Abschneiden der CSU in Bayern (+ 0,3%) geht wohl auf das Konto der Entwicklung der CSU zu einer bayerischen Heimat- und Staatspartei.

In diesem Zusammenhang gewinnt ferner die Tatsache hohe politische Bedeutung, daß die sozialstrukturelle Zusammensetzung der evangelischen CDU-Wähler 1980 extrem „konservativ“ kopflastig wurde. Von der evangelischen Arbeiterschaft haben seit 1952 stets etwa zwei Drittel und mehr für die SPD votiert. Sozialstrukturell gehörten die CDU-Wähler immer weit überwiegend dem selbständigen und dem nichtselbständigen Mittelstand an. Während jedoch bis 1965 ein erheblicher Teil des alten selbständigen Mittelstandes (einschließlich Landwirte) durch die F.D.P. und andere Parteien (z. B. DP) gebun-

den wurde, konnte die CDU ihre Position in dieser Gruppe seit der Bildung der sozialliberalen Koalition zu einer soliden Zweidrittelmehrheit ausbauen – eine Position, die von ihr auch 1980 trotz leichter Verluste im wesentlichen gehalten werden konnte. Im Unterschied hierzu erlitt die CDU eher im nichtselbständigen neuen Mittelstand der Angestellten und Beamten 1980 extrem hohe Verluste. In den 60 Wahlkreisen mit dem höchsten Anteil dieser sozialen Gruppe ging ihr Stimmenanteil stark überdurchschnittlich um 5,6% zurück. Damit verlor die CDU die Wahl vor allem in jener sozialen Gruppe, in der sie 1976 überdurchschnittliche Gewinne von 4,2% erzielt hatte. Die Verluste im nichtselbständigen neuen Mittelstand wogen umso schwerer, da er mit einem Anteil von 48% an der erwerbstätigen Bevölkerung (1953 = 24%) die bei weitem größte und auch in Zukunft wohl noch weiter expandierende Wählergruppe bildet.

Während die Sozialliberale Koalition ihren Wahlsieg von 1972 neben starken Gewinnen der SPD unter katholischen Arbeitern vor allem Einbrüchen im neuen evangelischen Mittelstand verdankte, ergibt sich für 1980 ein abweichendes Bild. Die SPD verdankte 1980 ihren leichten Zuwachs von 0,3% gegenüber 1976 vor allem katholischen Wählern. Dementsprechend erzielte sie in den Wahlkreisen mit dem höchsten Katholikenanteil stark überdurchschnittliche Gewinne (+ 1,3%), während sie in den Wahlkreisen mit den höchsten Anteilen evangelischer Wähler und Angehöriger des neuen Mittelstandes im großen und ganzen stagnierte und weit unter ihren Ergebnissen von 1972 blieb. Die F.D.P. hingegen erzielte ihre schlechtesten Ergebnisse durchweg in katholischen Hochburgen, während sie in den Hochburgen evangelischer Wähler und des nichtselbständigen Mittelstandes extrem überdurchschnittlich gute Ergebnisse erreichen konnte. In der Gesamtbilanz kamen also die Verluste der CDU unter evangelischen Wählern und im neuen Mittelstand fast ausschließlich der F.D.P. zugute. Diese These wird vor allem auch durch das überraschend gute Abschneiden der F.D.P. in den evangelischen Nordländern Schleswig-Holstein (10,7%), Hamburg (14,1%), Niedersachsen (11,3%) und durch

die Analyse ihres Ergebnisses in Nordrhein-Westfalen (10,9%) untermauert – Bundesländern, in denen die F.D.P. in den vorhergehenden Landtagswahlen an der 5%-Klausel gescheitert war oder aber (wie in Schleswig-Holstein) nur knapp den Sprung über diese Hürde geschafft hatte.

Die Gründe für das extrem schlechte Abschneiden der CDU im evangelischen neuen Mittelstand sind deutlich erkennbar: Ein von den Wählern als extrem konservativ wahrgenommener und vor allem im Norden Deutschlands überaus unpopulärer Kanzlerkandidat führte zur massenhaften Abwanderung tendenziell eher liberal eingestellter evangelischer Wähler. Durch die einseitige Polarisierung des Wahlkampfes auf einen Zweikampf zwischen dem evangelischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem katholischen Ministerpräsidenten des Landes Bayern Franz Josef Strauß wurde das Gesamtimage der CDU trotz des engagierten Einsatzes vieler ihrer evangelischen Spitzenpolitiker wie Gerhard Stoltenberg und Leisler Kiep katholisch-bayerisch kopflastig. Da aus Umfragen bekannt ist, daß traditionelle konfessionelle Vorurteile und Ressentiments unter säkularisierten evangelischen Wählern sehr viel kräftiger als unter Katholiken weiterleben, – d. h. daß Katholiken Protestanten gegenüber sehr viel toleranter sind als umgekehrt Protestanten gegenüber Katholiken – ist zu vermuten, daß sich damit gerade auch der Hirtenbrief der katho-

Aus dem Inhalt

Soziale Marktwirtschaft – eine christliche Wirtschaftsordnung?	1
Philipp von Bismarck	
Kurz kommentiert	3
Die Union und die evangelischen Wähler	4
Dieter Oberndörfer	
Ein Christ in der Politik	6
Wilhelm Staudacher	
Geistig-ethische Substanz der CDU muß deutlicher werden	8
Roman Herzog im Gespräch mit idea	
Naturwissenschaft und Sinnggebung	10
Wolfgang Weidlich	

lischen Bischöfe unter evangelischen Wählern negativ ausgewirkt hat.

Im Unterschied zur klassischen Arbeiterschaft und zum alten selbstständigen Mittelstand, deren politische Kultur und Einstellungen sich in einem langen historischen Prozeß seit der Mitte des 19. Jahrhunderts herausgebildet haben, handelt es sich bei dem nichtselbständigen neuen Mittelstand um eine sozialstrukturell ungleich weniger homogene, politisch labile und gespaltene Wählergruppe. Während in homogenen, politisch schon festgelegten Wählerkollektiven ein polarisierender Wahlkampf ankommt, wirkt er auf politisch labile Wählergruppen mit gespaltenen politischen Loyalitäten und einem hohen Anteil von Wechselwählern stark negativ. Wechselwähler oder Wähler eines politisch inhomogenen Milieus können nur durch die ausgestreckte Hand, aber nicht durch frontalen Angriff gewonnen werden. Durch letzteren wird ihnen lediglich bescheinigt, daß die bei ihnen selbst oder in ihrem engeren sozialen Milieu vorhandenen Sympathiepotentiale für den attackierten politischen Gegner Ausdruck mangelnder politischer Intelligenz und Moral seien.

In diesem Sinne reagierte wie schon zuvor 1972 gerade der evangelische neue Mittelstand — eine politisch besonders labile und eher zur SPD und F.D.P. tendierende Gruppe — überaus negativ auf die totale Konfrontationsstrategie der Union gegenüber der sozialliberalen Regierung. Vor allem die Ostpolitik der Union, die aus weltpolitischen Gründen auch eine langfristige Verschlechterung der menschlichen Kontakte zum „an-

deren“, evangelischen Deutschland in Kauf zu nehmen bereit war, mußte wie schon 1972 unter evangelischen Wählern eine negative Resonanz provozieren. Dies umso mehr, da der demagogische Versuch der SPD, im Wahlkampf die Union als Kriegspartei abzuqualifizieren und sich selbst zur Friedenspartei hochzustilisieren, sicher nicht ohne Resonanz blieb.

Die Rückgewinnung der 1980 von der CDU verlorenen evangelischen Wähler oder gar erst ein Ausbau ihrer Position im evangelischen Bereich über den 1976 unter der Führung Helmut Kohls erreichten Höchststand, wird nur möglich sein, wenn in der Zukunft im Gesamtimage der Union das in ihr durchaus vorhandene Potential liberaler evangelischer Spitzenpolitiker und Kandidaten stärker als bisher der Öffentlichkeit bewußt gemacht wird. Diese Forderung sollte allerdings keineswegs mit einem fatalen konfessionellen Gegensatz schaffenden Proporzdenken gleichgesetzt werden. Es bedeutet ferner keine Vorentscheidung für die Konfessionszugehörigkeit des nächsten Kanzlerkandidaten der Union. Es ist zwar richtig, daß die CDU ihre besten Ergebnisse in Norddeutschland nicht bei der Adenauer-Wahl von 1957, sondern bei der Bundestagswahl 1965 unter der Führung des liberalen Protestanten Ludwig Erhard erzielte. Für die Zukunft der CDU und den Erfolg ihrer Politik ist jedoch die Gesamtbilanz entscheidend. Bezogen auf die Gesamtbilanz steht fest, daß die Union ihr bestes Ergebnis unter dem Katholiken Adenauer und ihr zweitbestes Ergebnis unter der Führung des Katholiken Helmut Kohl erzielen konnte, d. h. es kommt weniger

auf die Konfession als auf die Persönlichkeit des Kanzlerkandidaten an. Im übrigen muß die Union darauf bedacht sein, auch ihr Katholikenpotential optimal auszuschöpfen. Bei der Erhard-Wahl von 1965 verlor die CDU trendwidrig stark unter den katholischen Arbeitern Nordrhein-Westfalens und der Saar.

Aus den oben angedeuteten Gründen kann die CDU ferner im wahlentscheidenden evangelischen „labilen“ und inhomogenen neuen Mittelstand ihre Position nur dann wieder ausbauen, wenn es ihr gelingt, eine Politik der partiellen Kooperation mit der Regierung langfristig durchzuhalten, d. h. eine Politik, in der sachlich richtige Entscheidungen der Regierung auch von der Opposition offen und ohne wenn und aber mitgetragen werden.

Ebenso wichtig wird trotz aller Säkularisierung auch die Entwicklung der Großwetterlage im Verhältnis der Konfessionen zueinander von Bedeutung sein. Für die Union, die als Bündnis katholischer und evangelischer Christen gegründet wurde und die nur auf dieser ökumenischen Grundlage mehrheitsfähig werden kann, ergibt sich hierbei aufgrund neuerer Entwicklungen innerhalb der katholischen Kirche Anlaß zur Besorgnis.

Gerade in diesem letzten Zusammenhang erwächst dem Evangelischen Arbeitskreis, der trotz einiger in der jüngsten Zeit erzielten Erfolge im Vergleich zu den Fünfziger- und zur ersten Hälfte der Sechzigerjahre immer noch ein Schattendasein führt, eine besondere Aufgabe. Der EAK muß bemüht sein, gerade im kirchlichen Bereich als Mittler ökumenischen Denkens zu wirken.

Ein Christ in der Politik Gedanken zum 90. Geburtstag von Hellmut Lauffs

Wilhelm Staudacher

Am 25. Dezember 1980 beging Hellmut Lauffs, Ltd. Regierungsdirektor a. D., einer der Mitbegründer des EAK und langjähriger Landesvorsitzender des EAK Rheinland, in Hilden seinen 90. Geburtstag. Dies ist ein denkwürdiges Jubiläum, berechtigter Anlaß für Gratu-

lationen, Ehrungen und Würdigungen, denn 90 Lebensjahre sind ein gesegnetes Alter. Und doch könnten die Würdigungen einem respektablen politischen Lebenswerk gelten, dessen Wert in seiner historischen Bedeutung liegt, aber ohne Wirkung und Verbindlichkeit für die

modernen Lebenszusammenhänge bleibt.

In Hellmut Lauffs jedoch ehren wir einen Menschen, dessen Leben für uns von vorbildlicher Aktualität ist, weil die Motive, die Haltung, die innere Einstellung, weil die Substanz seines Handelns ge-

rade in unserer Zeit wieder so brennend aktuell geworden ist.

Nach dieser Bundestagswahl beginnt insbesondere in der CDU die Diskussion und das Fragen nach einer Umorientierung, nach Umkehr, nach Neubeginn. Die Einsicht setzt sich durch, daß die CDU in den letzten Jahren versäumt hat, deutlich zu machen, ja sich dessen teilweise wohl selbst nicht bewußt war, daß ihre politischen Positionen sich auf ethische Grundlagen zurückführen lassen und daß enger werdende materielle Möglichkeiten, unüberschaubar werdende Zusammenhänge es nötig machen, Orientierung und Halt zu geben, daß Wohlstandsüberdruß die Frage aufwirft, was eigentlich wichtig ist in unserem Leben und welches die Quellen sind, aus denen wir Mut für unser Handeln und Hoffnung für die Zukunft schöpfen können. Für Hellmut Lauffs und seine Zeitgenossen, die sich nach 1945 spontan in den Dienst an unserem Gemeinwesen stellten, war diese Quelle der Kraft und Zuversicht, der Antrieb ihres Handelns, der christliche Glaube. Die Erfahrung der materialistischen, totalitären, nationalsozialistischen Unrechtsherrschaft hatte ihre Einsicht vertieft, daß unser Gemeinwesen ohne sittliche Bindung an die christlichen Werte, Haltungen und Tugenden nicht fruchtbar gedeihen kann. Für sie war der Einsatz für unseren Staat und unsere Gesellschaft ein Akt politischer Diakonie, Ausfluß ihrer christlichen Verantwortung für den Mitmenschen. Dieses gemeinsame Denken führte Hellmut Lauffs, Hermann Ehlers, Robert Tillmanns, Edo Osterloh u. a. zusammen in der Gründung der CDU, ihr gemeinsamer evangelischer Glaube steht hinter der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises. Was Robert Tillmanns über das Handeln des christlichen Politikers schrieb, beschreibt auch das politische Handeln von Hellmut Lauffs: „Wir können das Wirken des christlichen Politikers nicht besser umschreiben, als wenn wir es mit dem Wirken des Arztes vergleichen. Der Arzt weiß, daß er die Krankheit nicht aus der Welt schaffen kann, daß sie nun einmal immanent mit unserem Leben verbunden ist. Trotzdem geht er jeden Tag und jede Nacht hin und versucht, Kranke gesund zu machen. Nicht anders scheint mir die Haltung des christ-

lichen Politikers zu sein. Auch wir sollten wissen, daß wir die politische und soziale Ordnung auf dieser Erde nicht zur Vollkommenheit entwickeln können, aber trotzdem sind wir, weil wir einen Auftrag haben, gehalten, jeden Tag aufs neue unser möglichstes zu tun, um die Nöte zu heilen und eine gesunde Ordnung herbeizuführen.“

Im Zusammenhang mit dem Papstbesuch hat es Kritik am Stand der ökumenischen Bemühungen gegeben, brachen längst überwunden geglaubte konfessionelle Vorurteile aus. Diese Kritik beschreibt weniger den tatsächlichen Stand des ökumenischen Dialogs, als vielmehr die Tatsache, wie selbstverständlich uns das Miteinander heute schon geworden ist. Dabei liegen doch die Anfänge der Ökumene erst 35 Jahre zurück. Vergessen wird heute vielfach auch, daß die CDU einen wesentlichen

Unsere Autoren:

Dr. Philipp von Bismarck, MdEP
Bundeshaus, 5300 Bonn

Prof. Dr. Dieter Oberndörfer
Alemannenstraße 5, 7801 Wittnau

Wilhelm Staudacher
EAK-Bundesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn

Prof. Dr. Wolfgang Weidlich
Stützenburgstraße 7
7000 Stuttgart 1

Beitrag zur Überwindung der konfessionellen Spaltung geleistet hat. Man kann sich heute kaum mehr vorstellen, was der Versuch, bewußt evangelische und katholische Christen in einer Partei zusammenzufassen, bedeutete. Damals wie heute sind Aussagen von Hellmut Lauffs wegweisend: „Über die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit bewußter Christen beider Konfessionen kann sich nur wundern, wer sich ein konfessionsloses Christentum erträumt. Mit einem saft- und kraftlosen Minimalchristentum ist niemandem gedient – und der eigenen Kirche am wenigsten, wenn sich die andere Seite aus der Öffentlichkeit in den Kirchenraum zurückzieht und dort leisetritt. Der Friede wird am besten von denen gewahrt, die einander ernstnehmen, und die – trotz tiefer Trauer darum, daß es im Ringen um die eine Wahrheit nicht zu einer einhelligen Bezeugung dieser

Wahrheit kommt – den anderen zutrauen, daß diese die Wahrheit ebenso redlich suchen, wie sie selbst sie zu besitzen im Glauben gewiß sind. Aus solcher Anfechtung kann als schöne Frucht die paradoxe Erfahrung wachsen, daß sich Evangelische und Katholiken im tiefsten Grunde um so mehr achten und verstehen, je bewußter sie evangelisch bzw. katholisch sind. Außerdem sollte man sich ehrlich darum bemühen, die andere Form zu glauben und zu leben, in ihrer Wirklichkeit kennenzulernen ... daß man erkennt, daß man in noch etwas mehr als in der Heiligen Taufe, dem Credo und dem Vater-unser einig sein darf: nämlich in dem Bewußtsein der Bindung an den einen Herrn und in der Anerkennung der Botschaft vom Kreuz als dem Heil der Welt.“

Diese Haltung des „Miteinander“ prägte das politische Handeln von Hellmut Lauffs. Für ihn waren das „ins Gespräch kommen“ und „im Gespräch bleiben“ nicht unverbindliche, abgegriffene Redensarten, sondern eine charakteristische Lebensäußerung jeder christlichen Existenz.

Ausfluß der christlichen Haltung von Hellmut Lauffs war auch seine Auffassung, daß es Aufgabe des Christen als verantwortlichem Glied der Gesellschaft ist, „nicht nur sich Ziele zu setzen, die den Mitmenschen dienen, sondern zugleich in gewissenhafter Prüfung und in einer jeder Schwärmerei abholden Nüchternheit diese Sachzusammenhänge zu untersuchen und zu erleuchten, ehe er seine Entscheidung trifft,“ und „wer in wahrhafter christlicher Verantwortung steht, wird davor bewahrt bleiben, die eigenen Gedanken mit Gottes Auftrag zu identifizieren und die Absichten des Gegners zu verteufeln. Aber bei aller echten Toleranz und Versöhnungsbereitschaft bleibt die Aufgabe, die Geister zu prüfen und zu unterscheiden, ob ein sich autonom verstehender menschlicher Wille oder ein an Gottes Wort gebundenes Gewissen am Werke ist.“

Diese christlichen Grundsätze, die das Leben und Handeln von Hellmut Lauffs bestimmen, sind in unserer Zeit wichtiger denn je. Dafür, daß er uns beispielhaft Weg und Richtung für unser eigenes Handeln gewiesen hat, sind wir ihm zu besonderem Dank verpflichtet.

Geistig-ethische Substanz der CDU muß deutlicher werden

Roman Herzog im Gespräch mit *Idea*

Das folgende Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden des EAK, Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, befaßt sich mit den Konsequenzen der Bundestagswahl für die CDU und den EAK. Die Fragen stellte Helmut Matthies vom Presseamt der Evangelischen Allianz, *Idea*.

Idea: Herr Minister Herzog, wie erklären Sie sich, daß nur noch knapp 33 % der Protestanten bei der Bundestagswahl am 5. Oktober die Unionsparteien gewählt haben?

Herzog: Die 4,8 %, welche die CDU gegenüber der Bundestagswahl von 1976 verloren hat, sind nicht nur aus dem evangelischen, sondern auch aus dem katholischen Lager ausgeblieben, wobei die Ausgangslage für die CDU im evangelischen Bereich besonders ungünstig war. Bei dem deutlichen antikatholischen Affekt, den es im Protestantismus immer noch gibt, hat die Konstellation Schmidt gegen Strauß, norddeutscher Protestant gegen süddeutschen Katholiken, eine beträchtliche Rolle gespielt. Die Auswirkungen dieser konfessionellen Gesichtspunkte müssen aber noch sehr sorgfältig untersucht werden, bevor man Schlüsse zieht und Gegenmaßnahmen konzipiert.

Idea: Was will nun der Evangelische Arbeitskreis unternehmen, um das Ansehen der CDU – besonders auch im norddeutschen protestantischen Bereich – zu verbessern?

Herzog: Es besteht kein Zweifel, daß die CDU die evangelischen Bereiche insgesamt wesentlich mehr pflegen und betreuen muß und nicht vereinzelt und am Rande, wie das bisher geschehen ist. Auf der anderen Seite hat sich am 5. Oktober der Trend der Einebnung der Hochburgen fortgesetzt. Da die Hochburgen der CDU bisher immer ganz überwiegend katholisch waren, müssen also erhebliche Ein-

brüche auch im katholischen Bevölkerungsteil stattgefunden haben.

Diese Bundestagswahl hat auch deutlich gemacht, daß konfessionelle Gesichtspunkte und Vorurteile eine ganz erstaunliche Zählebigkeit haben, besonders im Bereich des säkularisierten Protestantismus. Ich glaube, daß dies besonders in Norddeutschland eine wesentliche Rolle gespielt hat. Der EAK muß seine Arbeit in zwei Richtungen erheblich intensivieren: **Gegenüber dem evangelischen Teil unserer Bevölkerung müssen wir deutlicher zum Ausdruck bringen, daß die Positionen der CDU nicht einfach machtpolitisch orientierte Gewohnheiten sind, sondern daß hinter ihnen Grundsätze, ethische Prinzipien stehen, die in der verkürzten Diskussion der letzten Jahre zwar immer vorhanden waren, aber nicht ausgesprochen worden sind.** So hat der EAK zur Friedensproblematik jetzt eine Schrift herausgegeben, an der hochqualifizierte Theologen, Kirchenleute und Generäle mitgearbeitet haben. Diese Schrift macht deutlich, daß auch unsere Verteidigung sich auf ethische Normen stützt. Dies muß der EAK auch noch bei anderen politischen Grundsatzenfragen deutlich machen, so z. B., daß es auch ethische und christliche Grundlagen unserer Marktwirtschaft gibt, daß sie nicht einfach ein System ist, das auf dem teuflischen Gewinnstreben einzelner beruht.

Aber auch in die CDU hinein muß der EAK seine Arbeit intensivieren. Dazu gehört es auch, Positionen der evangelischen Sozialethik – soweit sie überhaupt noch besteht – deutlich zu machen. Erst wenn die CDU diese Positionen in ihre Begründungen und öffentlichen Äußerungen aufnimmt, wird sie auch den bewußt evangelischen Wähler ansprechen können. Der EAK, in dem sich bewußt auf dem Boden des christlichen Glaubens stehende Personen sammeln, kann dies mit größerem Selbstbewußtsein als früher tun, da es sich zeigt, daß Religion wieder eine zuneh-

mende Bedeutung, besonders auch bei jungen Menschen, gewinnt. Wir werden als Evangelische innerhalb unserer Partei auch immer wieder deutlich machen, daß das evangelische Denken sowohl im dogmatischen wie insbesondere im ethischen Bereich die Hälfte unserer Denktradition in Deutschland ausmacht.

Idea: Halten Sie den Anteil der evangelischen Politiker in der CDU für ausgewogen? Die Spitzenpositionen – bis auf den Bundespräsidenten – sind ja mit Katholiken besetzt.

Herzog: Zur Zeit haben wir – das ist richtig – eine katholische Parteiführung. Aber wenn Sie sich die Liste der früheren Parteivorsitzenden und Generalsekretäre ansehen, stellen Sie fest, daß dies gegenwärtig eine eher zufällige Konstellation ist. Die Evangelischen sind in den Führungsgremien der Partei sehr gut repräsentiert, so ist z. B. der Bundesvorstand der CDU überwiegend evangelisch, drei der fünf CDU-Ministerpräsidenten sind evangelisch. In meinem eigenen Land, Baden-Württemberg, wo wir genau 50 % evangelische und 50 % katholische Bürger haben, sind sogar sechs der zehn Kabinettsmitglieder evangelisch. Ich will allerdings nicht verschweigen, daß es Landesverbände mit konfessionellen Einseitigkeiten gibt, z. B. das Saarland, Rheinland und Westfalen.

Für wichtiger als solche „Konfessionsproporzarithmetik“ halte ich es aber, daß in der CDU mehr bewußte evangelische Christen sich durch Leistung und Arbeit profilieren und daß ihre geistig-ethische Substanz in den Aussagen der Partei sichtbar wird. Ich betone ganz deutlich, daß dies bisher nicht im ausreichenden Maße geschieht.

Idea: Zurück zur Auswertung der Wahl: Welche Konsequenzen wird nun die CDU ziehen, insbesondere im Blick auf die konfessionelle Konstellation?

Herzog: Bei der 1976er Bundestagswahl hatte die CDU ihr katholisches Wählerpotential optimal ausgeschöpft. Die dort verlorenen Stimmen müssen zurückgewonnen werden. Aber es steht fest, daß in diesem Bereich Zugewinne kaum mehr gemacht werden können. Diese sind aber möglich im Bereich des liberalen Protestantismus, insbesondere beim sogenannten neuen Mittelstand. Es kommt also entscheidend darauf an, im Protestantismus Boden gut zu machen.

idea: Nun hat eine sogenannte Reformgruppe gefordert, die CDU solle liberaler werden. Sind Sie der gleichen Meinung, und, wenn ja, wie müßte diese Liberalität aussehen?

Herzog: Es besteht kein Zweifel, daß eine Partei, die eine solche Schlappe erlitten hat wie die CDU/CSU am 5. Oktober, ihre gesamte politische Programmatik überprüfen muß. Das gilt, obwohl die politische Entwicklung nach der Wahl der CDU in wesentlichen Bereichen recht gegeben hat und obwohl viele Punkte der Programmatik und politische Positionen der CDU aus Überzeugung kommend gut begründet werden können.

Ich bin aber sicher, daß mit einer bloßen Anpassung an die sogenannten liberalen Wähler wenig zu erreichen ist. Einer Partei, die dazu verurteilt ist, die 50 %-Grenze zu überschreiten, hilft es nicht, liberaler zu werden, wenn ihr dafür der konservative Flügel ausfranst. Für die CDU wird es aber wesentlich darauf ankommen, noch mehr als bisher die Rolle der Opposition im Bundestag ernst zu nehmen, offen zu sein für die geistigen Bewegungen und Entwicklungen in den gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere auch der Kirchen und des kirchlichen Umfelds. Sie muß dialogfähig sein und Antworten auf die konkreten Fragen und Bedürfnisse der Menschen haben. Die Liberalität der CDU kommt aus der christlichen Quelle dieser Partei, in der Pragmatismus nicht vordergründiges Nutzdenken bedeutet, sondern Ausfluß des Verantwortungsbewußtseins für den Nächsten, in der im Zentrum der Partei nicht Kollektive stehen, sondern der einzelne Mensch mit seinen Schwächen – aber auch mit der Fähigkeit zur Selbstbestimmung, in der Prinzipien nicht dogmatisch oder ideologisch vertreten werden, son-

dern in der man bereit ist zu Einsicht und Umkehr. Und ich halte es für richtig, daß diese Grundeinstellung der Partei deutlich sichtbar wird in der Art der Argumentation, im Stil und im Auftreten ihrer Repräsentanten.

idea: Wie ist es mit der Ostpolitik, die ja in letzter Zeit eine Reihe von Schwierigkeiten aufgeworfen hat? Fühlt sich die CDU/CSU jetzt in ihrer Position bestätigt, oder wird sie ihren Kurs ändern?

Herzog: Richtig ist, daß die gegenwärtige Entwicklung in Osteuropa der CDU recht gibt. Die Entwicklungen, die sich dort abspielen, sind aber natürlich auch für die CDU Anlaß, die Fragen, die sich stellen, erneut zu prüfen. Wir sollten auf die Abgrenzungspolitik der DDR mit gleichbleibender Gesprächsbereitschaft gegenüber gesprächsbereiten Regierungen im Ostblock antworten.

idea: Sie sind auch Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Noch vor wenigen Jahren wurde der EKD massiv vorgeworfen, sie sei teilweise links unterwandert. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Situation in der evangelischen Kirche?

Herzog: Ich bin auch hier sehr für ein differenziertes Bild. Unser Verhältnis als Partei zu den Spitzen der evangelischen Kirche, das heißt zum Rat der EKD, war eigentlich immer unverkrampft, auch wenn nicht alle Mitglieder die CDU bzw. CSU gewählt haben. Ich glaube nicht, daß die Frage, ob eine Kirche nach links oder nach rechts rückt – was immer das bedeuten mag –, von dem Kreuz abhängt, das die Bischöfe am Wahlsonntag auf einen Stimmzettel machen. Richtig ist aber zweierlei: In den vergangenen Jahrzehnten ist in der evangelischen Kirche die theologische Fundierung der kirchlichen Arbeit weitgehend zurückgetreten. Die Gegenbewegung durch das evangelikale Element hat dann offensichtlich wieder zu einer Konsolidierung geführt. Ich zweifle daran, ob man diese Entwicklung mit politischen Standpunkten wie links oder rechts beschreiben kann. Aber es ist richtig, daß heute, etwa im Vergleich zu vor 30 Jahren, mehr Pfarrer und Kirchenälteste sich offen zu SPD oder zu weiter links stehenden Vereinigungen und Ideologien bekennen.

Die EKD-Synode hat sich dagegen stabilisiert: Die großen Auseinandersetzungen um Links oder Rechts, um Terrorismus, § 218 und dergleichen sind vergangen; die Antworten auf diese Probleme würden heute wahrscheinlich anders ausfallen als seinerzeit.

idea: Was wird die Synode in Zukunft vorrangig beschäftigen?

Herzog: Das Thema, das nach meiner Einschätzung zu gewaltigen Auseinandersetzungen im deutschen Protestantismus führen wird, ist die Frage, ob die ethische Gleichwertigkeit von Wehrdienst und Wehrdienstverweigerung wieder aufrechterhalten wird oder ob nicht deutlich oder vielleicht nur hinter vorgehaltener Hand der Wehrdienstverweigerer als der eigentlich ethisch Höherstehende aufgewertet wird.

idea: Wie ist denn Ihre Antwort?

Herzog: Ich wende mich dagegen, daß allein die Wehrdienstverweigerer als diejenigen dargestellt werden, die nicht töten wollen. Das wollen die anderen in Wirklichkeit auch nicht. Man muß aber doch darauf hinweisen, daß der, der nicht verteidigen will, natürlich auch verantwortlich wird für alles, was dann in einem kommunistischen Europa geschieht. Wer zum Wehrdienst bereit ist, ist unter Umständen moralisch verantwortlich, wenn es zum Krieg kommt. Wie er auch mitverantwortet, daß die Rüstung Geld kostet und damit vielleicht an sehr notwendigen anderen Maßnahmen Abstriche gemacht werden. Andererseits muß der Wehrdienstverweigerer sich klar machen, daß er Verantwortung trägt für jeden Dissidenten, der in einem sibirischen Lager verschwindet, für jeden Andersdenkenden, der in eine psychiatrische Klinik der Sowjetunion eingeliefert wird, und nicht zuletzt für die gesamten zukünftigen Generationen, denen man eine marxistische, das heißt materialistische Weltanschauung eintrichtert, die ihnen jede Hoffnung für ihre Gegenwart und Zukunft nimmt. Ich wende mich entschieden gegen die vereinfachenden Bilder, so, als wollten die einen schießen und die anderen nicht.

idea: Wir danken für das Gespräch.

Naturwissenschaft und Sinnggebung

Wolfgang Weidlich

Während in der evangelischen Theologie in der Nachfolge Karl Barths immer noch die Neigung besteht, naturwissenschaftliche Erkenntnis gegenüber theologischer Glaubensgewißheit gering zu achten und somit Naturwissenschaft und Technik aus dem Bereich ethischer Dimensionen auszuklammern, ergreifen Naturwissenschaft und Technik in immer stärkerem Maße unsere gesamte Lebensgestaltung und werfen zunehmend ethische Fragestellungen auf. Die Haltung, Religion und Naturwissenschaft auf zwei miteinander unverbundenen Ebenen stehend anzusehen, ist mitursächlich für die vielfach feststellbare Technologiefreudlichkeit evangelischer Pastoren, die durch einen wachsenden Fortschritts- und Wachstumsskeptizismus eine vordergründige Scheinrationalität für sich beanspruchen kann.

Professor Wolfgang Weidlich vom Lehrstuhl für Theoretische Physik an der Technischen Universität Stuttgart weist im folgenden Beitrag nach, daß Naturwissenschaft ethische Fragestellungen nicht nur in besonders aktueller Weise aufwirft, sondern daß sie selbst teilhaft an der Suche nach Sinn und geeignet ist, zusammen mit Religion Antworten auf Sinnfragen aufzuzelgen.

Die aktuelle Diskussion in den Medien, aber auch in der Politik und in den Kirchen, ist gekennzeichnet durch eine weitgehende Wohlstands- und Technologiekritik. Diese Diskussion findet statt in einer Phase vordergründiger Satisfaktion und hintergründiger Problematik, was in der jungen Generation besonders deutlich sichtbar wird. Sie findet eine Situation vor, bei hohen Leistungsanforderungen, die schon allein zur Erhaltung des erreichten Niveaus nötig sind, dennoch für ihre Sinnfindung auf unmittelbar sichtbare große Ziele und Fortschritte in der Gesellschaft verzichten zu müssen, da ein relatives Optimum bereits erreicht ist. Es kommt hinzu, daß demokratische Gesellschaftsordnung, technische Zivilisation und Wohlstand, alles wertvolle Errungenschaften der Nachkriegszeit, leider eines gemeinsam haben: Das gut Funktionierende wird umso gleichgültiger hingenommen und umso selbstver-

ständlicher vorausgesetzt, je mehr sich hinter der Perfektion des Funktionierens die dazu notwendige geistige Anstrengung und Leistung verbirgt. In dieser Situation stellt sich insbesondere bei der jungen Generation ein diffuses Unbehagen an dem zwar warmen, aber als seicht empfundenen Kulturklima unserer Wohlstandsgesellschaft ein. Dieses Kulturklima kann naturwissenschaftlich als ein metastabiler Zustand charakterisiert werden, in welchem plötzlich und fast unberechenbar Kristallisationskeime für brisante Politisierung und Emotionalisierung auftauchen und wieder vergehen. An diesen Punkten konzentrieren sich dann nichtabgesättigte freie Valenzen an Gefühl, aber auch an Aggressionen bei der schwierig gewordenen Suche nach Lebenssinn. Beispiele dafür sind Teilaspekte der Studentenbewegung der letzten Jahre, Subkulturen, Jugendreligionen, aber auch manche Formen der Kernenergie-debatte. Eine der schwierigsten Aufgaben der Zukunft wird es sein, solche Ersatzbefriedigungs-Syn-drome durch echte Sinnangebote zu ersetzen.

Diesen Prozeß einer allgemeinen Kultur- und Zivilisationskritik hat die Bereitstellung immer neuer Mittel durch die Technik in entscheidender Weise qualitativ verändert und beschleunigt: Einerseits ist die Verwendung technischer Hilfsmittel nicht mehr rückgängig zu machen, also irreversibel geworden, wenn die Menschheit überleben soll; andererseits ist ihre Selbstvernichtung in den Bereich technischer Möglichkeit gerückt. Für die Welt des Menschen gilt also die Ambivalenz: „Technik ist notwendig zur Welterhaltung; Weltzerstörung ist möglich durch Technik“.

Damit das erste und nicht das letzte geschehe, sind offenbar neue, den technischen Prozeß begleitende ethische Kategorien nötig. Wegen der zunehmenden Vernetzung, das heißt gegenseitigen Abhängigkeit aller Prozesse der Menschheitsdynamik, wird der

Schwerpunkt dieser neuen Ethik nicht im Individualbereich liegen, sondern in neuem Bewußtsein für überindividuelle Vorgänge.

Wir fragen: Hat Naturwissenschaft und Technik diesen Zustand nur herbeigeführt, oder kann dieses Denken auch einen Beitrag zur Auffindung solcher ethischer Normen leisten?

Ich meine, das letztere ist der Fall, weil ganz einfach zur Bewältigung technischer Probleme das technische Denken in ethische Normen miteinfließen muß, damit diese Normen Grundlage anwendungsfähiger Handlungsethik werden können und nicht abstrakte und wirklichkeitsferne Gesinnungsethik bleiben.

Im Grunde läßt sich die gesellschaftsbezogene moralische Pflicht des Menschen im jetzt erreichten Kulturstadium aus einem einzigen Prinzip herleiten: Der komplexe Entwicklungsgrad des Ganzen mit seinen weitreichenden Kausalabhängigkeiten erfordert von jedem eine wohlwogene innere Haltung, da andernfalls unsteuerbare, selbstbeschleunigende politisch-dynamische Prozesse weniger als früher begrenzt sind und zu Katastrophen führen können. Diese Haltung sollte bestimmt sein durch Ausgewogenheit und Vernunftbestimmtheit bei der Betrachtung und Gestaltung der Wirklichkeit und durch Mitgefühl, Gerechtigkeitssinn und Verständnis für die Probleme aller Menschen. Das heißt auch, es gibt eine Pflicht zur geistigen und emotionalen Selbstdisziplin bezüglich gesellschaftlicher Prozesse.

So trivial dieses Prinzip erscheint, so wenig ist es selbstverständlich. Es wird bei uns gegenwärtig auf zwei einander bedingende Weisen verletzt: Einerseits durch die egozentrische Haltung einer Wohlstandsträgheit ohne die geringste Flexibilität beim evtl. notwendigen Verzicht auf bequeme Gewohnheiten, andererseits durch emotionsgeladene und aggressive einseitige Hervorhebung von Partikularaspek-

ten, deren Lautstärke oft im umgekehrten Verhältnis zur Stringenz der Argumentation besteht.

Wie schwierig die Verwirklichung des einfachen Prinzips im konkreten Fall sein kann, verdeutlicht die Problemlage, die sich aus den moralischen Verantwortungen und Versuchungen der Experten ergibt:

Die Verantwortung des Experten bezieht sich nicht mehr nur auf die unmittelbare Zuverlässigkeit des technischen Produkts. Darüber hinaus muß er mitentscheiden, daß einerseits nicht alles Machbare hergestellt wird, wenn die negativen Folgen überwiegen, und daß andererseits das Machbare durchgesetzt wird, wenn sich dessen Notwendigkeit herausstellt. Bei der Darstellung der Probleme in der Öffentlichkeit hat er die Pflicht, klar zwischen objektiven Sachverhalten und persönlicher Wertung zu trennen, um dem Laien Vertrauen in seine Aussagen zu ermöglichen.

Fragen wir nun, ob sich aus den bisherigen Überlegungen ein allgemeiner Rat zur Form der Ethik in einer komplexen Gesellschaft entnehmen läßt, obwohl doch die persönlichen Umfelder und Situationen sehr verschiedenartig sind!

Mir scheint, daß dieser Ratschlag in einer Förderung der Innenbestimmtheit des Menschen und einem Abbau der Außenbestimmtheit bestehen könnte.

Unter einem innenbestimmten Menschen verstehe ich dabei einen, der grundsätzlich selbst nachdenkt, der auswahlfähig gegenüber Konsumangeboten ist, immun gegen Schlagworte und horizontverengende Angebote von Ideologien, von wohlwollend kritischer Distanz gegenüber den Medien; zeitüberdauernder Erkenntnis zugeneigt, aus der daraus folgenden Gelassenheit gegenüber den Fluktuationen des Zeitgeistes jedoch zu wohlüberlegtem Engagement im politisch-gesellschaftlichen Raum aus Verantwortung gegenüber dem Ganzen bereit.

Unter einem außenbestimmten Menschen verstehe ich einen, dessen Denken und Tun stark abhängt von den äußeren Vorgaben des Zeitgeistes, der aus Ich-Schwäche heraus ein überengagierter, emotionalisierbarer Mittläufer jeweiliger Bewegungen wird, der geistigen und materiellen Konsumangeboten

ohne Auswahlfähigkeit erliegt. Seine Manipulierbarkeit und innere Unsicherheit führt dazu, daß er ganz unabhängig von deren Zielsetzung die jeweiligen Turbulenzen und kollektiven Fluktuationen in der Gesellschaft verstärkt.

Natürlich ist die eben gegebene Typenbeschreibung der Klarheit halber etwas zugespitzt, während jeder reale Mensch teils innen- teils außenbestimmt ist.

Eine Verlagerung zugunsten der Innenbestimmung führte jedenfalls zu einer stetigeren, rasanten Kollektiveffekten weniger ausgelieferten und dafür durch vernünftige Argumentation eher beeinflussbaren Globalentwicklung der Gesellschaft!

Im heutigen Zustand unserer Gesellschaft ist dies nicht primär ein materielles, sondern ein seelisch-geistiges Problem. Daher führt uns am Ende die Frage nach einer angemessenen Ethik dieses Zeitalters zur Frage nach der Tiefe der Kultur, wo die tragenden Wert- und Sinnstrukturen angesiedelt sind.

Jenseits der Ebene scharfsinniger Gesellschaftsanalysen und technologisch-zivilisatorischer Entwicklungen macht der Mensch Grunderfahrungen über Werte und Lebenssinn, welche die Tiefenstruktur der Kultur bestimmen. Trägt naturwissenschaftliches Denken zur Erhaltung dieser Tiefenschicht bei oder wirkt sie vermöge der Wertneutralität ihrer Aussagen gar zerstörerisch darauf ein? Wir werden dieser beunruhigenden Fragestellung nachgehen müssen.

Das Eingangstor zur Tiefenschicht einer jeden Kultur ist die Sinnfrage! Diese Frage nach Sinn ist in ihrem Grunde eine religiöse Frage, denn sie überschreitet jede endliche Erfüllungbarkeit und zielt auf einen unabgrenzbaren, unausschöpfbaren Hintergrund – auf Gott –, dem jede Kultur auf neue Weise begegnet. Das ist auch der Grund, warum Gesellschaftstheorien, die einen bestimmten ökonomischen und gesellschaftspolitischen Zustand als Endziel preisen, an der Sinnfrage scheitern. Wird nämlich dieser Endzustand tatsächlich erreicht, so enthüllt sich seine Vorläufigkeit durch die einfache, darüberhinausweisende Frage: „... und was ist nun der Sinn des Erreichten?“ Wir fragen nun, ob und in welcher Weise die Naturwissenschaft an der Erschließung der Tiefenstrukturen und

auch am Sinnproblem wenigstens partizipieren kann. Man könnte sich die Antwort leicht machen und sagen: Diese Teilhabe findet statt, indem Wissenschaft mit den Mitteln der Vernunft danach forscht: „was die Welt im Innersten zusammenhält“. Nachdenklicher werdend könnte man jedoch zu dem Schluß kommen: Ebenso wie die Möglichkeiten der Technik zwischen Welt-erhaltung und Weltzerstörung liegen, besteht vielleicht die Fähigkeit naturwissenschaftlicher Erkenntnis sowohl in Entdeckung wie in Zerstörung des Geheimnisses der Welt. Liegt nicht im Ernüchterungsprozeß rationaler Erkenntnis ein Verlust an Kultursubstanz, da doch Kultur auf ein Weltgefühl jenseits trivialer Erklärbarkeit angewiesen ist?

Wäre Naturwissenschaft ein im Prinzip vollständiges und abschließbares System, wie scientistische Erkenntnistheorien meinen, so bestünde diese Befürchtung zu Recht! Triviale abschließende Erklärbarkeit aller Dinge und Vorgänge wäre dann der Endzustand von Wissenschaft und Gesellschaft, das darüberhinausweisende Sinnproblem hätte sich als sinnlos erwiesen.

Die Struktur der Wissenschaft ist jedoch in Wirklichkeit anders, und ihre Ratio steht nicht im Widerspruch zu der Frage nach Sinn und Transzendenz! Der Grund liegt darin, daß Wissenschaft ein offenes, prinzipiell nie vollendbares System ist, dessen Ergebnisse stets über sich hinausweisen. Gerade deshalb aber partizipiert Wissenschaft am ewigen, unauslotbaren Geheimnis der Welt und an der ebenfalls nichtabschließbaren Sinnfrage!

Wir wollen nun die Naturgesetzlichkeit hinsichtlich ihrer Tiefe und ihrer Offenheit noch etwas näher betrachten:

Die Tiefe der Naturgesetze beruht darin, daß sie die Hintergrundstruktur für jedes Einzelereignis bilden. Dabei bildet das je Wirklichte nur einen kleinen Teil des im Naturgesetz angelegten Raumes an Möglichkeiten.

Zwar folgen Zeitabläufe aus Naturgesetzen; die Gesetze selbst stehen aber außerhalb der Zeit. Insbesondere ist das Gelten und die Verifizierbarkeit von Naturgesetzen unabhängig von der Gesellschaftsordnung. Zwar sind diese

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL • Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

vielfältig zum Guten oder Bösen technisch anwendbar, aber niemals als solche manipulierbar, denn sie wurden ja gefunden, nicht erfunden.

Daß diese gefundenen Gesetze trotz ihrer ungeheueren Anwendungsvielfalt von einer einfachen, zugleich konkreten wie abstrakten Schönheit sind, erfüllt den Naturwissenschaftler mit tiefer ästhetischer Befriedigung und läßt ihn hoffen, daß hierin ein Abglanz der Schönheit der Schöpfung vorliegt.

Andererseits besteht eine mehrfache Offenheit der Naturgesetzlichkeit, von der ich einige Aspekte nenne:

Jedes Naturgesetz ist offen bezüglich seiner Herleitungsbedürftigkeit aus tieferen Gesetzen.

Naturgesetze sind offen bezüglich der unendlichen Mannigfaltigkeit ihrer möglichen Realisationen. (Man denke etwa an die keineswegs abgeschlossene Evolution einschließlich des offenen Systems der menschlichen Gesellschaft selbst.)

Schließlich ist der Bereich des durch Denken überhaupt Erkennbaren unbestimmbar. Wie die Entwicklung der Wissenschaft selbst zeigt, kann dieser Bereich nicht a priori durch philosophische Postulate festgelegt werden.

Die Offenheit der Naturgesetze ist allerdings nicht zu verwechseln mit einer Relativität ihrer Geltung, denn für das Fortschreiten naturwissenschaftlicher Erkenntnis gilt das Inklusivprinzip, welches besagt: „Das tiefere und umfassendere Naturgesetz muß die Aussagen eines spezielleren Naturgesetzes überall dort mitenthalten, wo letzteres sich an der Erfahrung bereits bewährt hat“. (Berühmte Beispiele sind die Relativitätstheorie und die Quantentheorie. Beide

enthalten die vorangehenden Erkenntnisse der klassischen Physik als Grenzfälle, welche für einen beschränkten Wirklichkeitsbereich ihre Geltung behalten.)

Hier scheint mir nun ein Unterschied zwischen Naturwissenschaft und den Humanwissenschaften vorzuliegen, der auch die Komplementarität ihres Beitrages zur Gesamtkultur bedingt: In den Humanwissenschaften ist der Mensch zugleich Subjekt und Objekt der Untersuchung. Im Deutungsprozeß dieser Wissenschaften vermögen sich Wertungen, Haltungen und Betrachtungsweisen auf je verschiedene Weise zu einer Gesamtdeutung zusammenzuschließen und einzuspielen, die dann den Zeitgeist der Epoche ausmachen. In der Folge der Epochen lösen sich solche Gesamtdeutungen ab und relativieren sich dadurch wenigstens partiell. Daher hat für diesen historischen Prozeß das Inklusionsprinzip nicht dieselbe Bedeutung wie in der Naturwissenschaft. Zwar sind im Sinne dieses Prinzips alle Zustände, welche in der Geschichte durchlaufen werden, Partialaspekte menschlicher Möglichkeiten überhaupt. Für den Zeitgenossen aber hat die Deutung und das Durchleben seiner Epoche immer zugleich den Charakter persönlichen Schicksals, aus dem sich Einsicht im Sinne existentieller Wahrheit ergibt.

Zwischen der wertenden, sinnbezogenen existentiellen Wahrheit der Deutungen von Mensch und Gesellschaft in den Humanwissenschaften und der objektivierenden, neutralen Wahrheit der Naturwissenschaft besteht offenbar ein Strukturunterschied, der weiterer philosophischer Überlegungen bedarf. Sicher ist jedoch, daß beide Formen der Wahrheit aufeinander angewiesen sind: Denn Wertung ohne Bezug auf objektive Wahrheit

verliert sich in wirklichkeitsferner Ideologie, und objektive Erkenntnis ohne Einbettung in Sinnzusammenhänge wird belanglos und frustrierend.

Kommen wir zum Schluß nochmals auf den einzigartigen Betrachtungsstandort und die besondere Art der Nachdenklichkeit zurück, zu welcher der Umgang mit dem objektiven umfassenden System der Naturgesetzlichkeit verhilft: Da sinnt man z. B. darüber nach, daß es einiger Milliarden Jahre bedurfte, bis es in einer ruhigen Ecke des Weltalls, auf dem Planeten eines mittelmäßigen Sternes, der Sonne nämlich, im Laufe der Evolution zu jener komplexen Wirkungskette von Naturgesetzen kam, die etwa im Gehirn von Albert Einstein die allgemeine Relativitätstheorie entstehen ließ, mit der ein begriffliches Verständnis eben dieses Weltalls begann.

Eine solche Betrachtungsweise „sub specie aeternitatis“ verschafft der Seele jene Gelassenheit, mit der sich widrige Umstände besser überwinden lassen. Sie ist eine Variante jenes philosophischen oder theologischen Nachdenkens über letzte Dinge, aus welchem tiefe innere Ruhe folgt. Die Einsicht, daß es neben dem wandelbaren, relativierbaren Bereich der binnengesellschaftlichen Wechselwirkung, deren Subjekt und Objekt wir alle sind, einen unwandelbaren Bereich von Naturgesetzen kühler Schönheit gibt, fördert also die Haltung innenbestimmter Seelenstabilität, von der wir zugleich hofften, daß sie die Dynamik gesellschaftlicher Prozesse günstig beeinflussen könnte.

Darüber hinaus darf es wohl als sicher gelten, daß Naturwissenschaft als Methode des Einblicks in jene „zentrale Ordnung“, deren Gesetze die Weltabläufe bestimmen, an der Tiefe einer jeden zukünftigen Kultur teilhaben wird.